

Wilhelm Dietl

Schattenarmeen

**Die Geheimdienste
der islamischen Welt**

Residenz Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

www.residenzverlag.at

© 2010 Residenz Verlag
im Niederösterreichischen Pressehaus
Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
St. Pölten – Salzburg

Alle Rechte, insbesondere das des auszugsweisen Abdrucks
und das der fotomechanischen Wiedergabe, vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Joe P. Wannerer
Umschlagbild: plainpicture/Millennium
Typografische Gestaltung, Satz: Ekke Wolf, typic.at
unter Verwendung der Schrift Minion
Lektorat: Dr. Rainer Schöttle
Gesamtherstellung: CPI Moravia

ISBN 978-3-7017-3167-1

Einleitung

Nachrichtendienst light



جمهوری اسلامی ایران
وزارت اطلاعات

Zum Bild – Das offizielle Emblem des »Ministeriums für Aufklärung und Sicherheit« der Islamischen Republik Iran

Die peinliche Panne passierte während der Guerillajahre von Jassir Arafat. Ein Team des PLO-Geheimdienstes *Rasd* reiste von Tunis nach Damaskus. Es soll etwa ein Dutzend Männer im besten wehrfähigen Alter gewesen sein. Als sie auf dem Flughafen der syrischen Hauptstadt eintrafen, schienen sie bei bester Laune. Sie kannten ihre Instruktionen und waren in den strengen Regeln der Konspiration geschult worden. Auch mit Assads ausgesprochen misstrauischem Regime konnten sie umgehen.

Was sie noch nicht kannten, waren ihre aktuellen Falschnamen, aber das sollte ihnen sehr bald bewusst werden. Ihre Vorgesetzten hatten ihnen auf dem Flughafen von Tunis nagelneue Pässe in die Hand gedrückt. Die Reiseausweise waren nicht wirklich gefälscht; es waren echte Pässe, nur mit falschen Namen und Personaldaten versehen. Das diente auch als Vorsichtsmaßnahme für den Fall eines Abgleichs mit den gefürchteten Computerdateien der Syrer, mit denen Arafats PLO-Fraktion Fatah traditionell auf Kriegsfuß stand.

Da die Palästinenser als Gruppe unterwegs waren, sammelte ein syrischer Offizieller alle Pässe ein. Die Reisenden warteten in einer Ecke der Ankunftshalle, wo sie ihre erste Zigarette auf feindlichem Boden rauchten und ansonsten munter plauderten. Nach etwa einer halben Stunde kam wieder ein Uniformierter und fing an, die frisch abgestempelten Ausweise auszuteilen. Er rief die Namen der Passinhaber. Einmal, zweimal, dreimal.

Keiner reagierte wirklich. Im Gegenteil, sie standen kollektiv unter Schock. Arafats Geheimagenten hatten bei der lockeren Atmosphäre im Flugzeug vergessen, sich ihre neuen Arbeits-Personalien einzuprägen. Nun fielen sie ihnen auf Anhieb nicht ein. Keiner wusste, ob er Obeid hieß oder Helou, Eid oder Saade.

Die Palästinenser kapitulierten und ließen sich widerstandslos in eine Geheimdienstzentrale der Syrer abführen. Das unrühmliche Ende einer Dienstreise, die unfreiwillig noch eine ganze Weile dauern sollte. So wurde der *Rasd* zum Gespött der regionalen Branche. Hintergründig ernannten die Syrer sie zu Ehren-Homsis: Aus der

Stadt Homs, so behauptet es der Volksmund, kommen die Dummköpfe der Nation.

Dumm sind die Hauptamtlichen der Geheimdienste im Nahen und Mittleren Osten in der Regel nicht, nur extrem grausam, weit entfernt von westlichen Werten, nach eigenen Regeln und Gesetzen lebend. Sie sind das Symbol ihrer jeweiligen Diktatur, ihr Schild und Schwert, die Überlebensgarantie und der lange Arm der Herrschenden.

Wichtig für das Verständnis der Geheimdienste des Orients sind Definitionen. Dabei spielen die traditionellen Grenzen keine entscheidende Rolle. Viel wichtiger sind konfessionelle Barrieren, ideologische Bruchstellen, Allianzen mit weit entfernten, kulturell fremden Partnern. Wo beginnt und wo endet der Nahe, der Mittlere Osten? Auch Nordafrika hält sich für einen integralen Bestandteil der arabischen Welt. Die Verbindungen nach Pakistan und Afghanistan gehören zum täglichen Geschäft der Geheimen von der arabischen Halbinsel.

Die Iraner stellen sich gegen alle, unterhalten aber trotzdem intensive Kontakte nach Syrien, in den Libanon, zu radikalen Palästinensern. Wenn es um weltweite Anschläge geht, dann bleiben die Drahtzieher in Teheran gern im Hintergrund. Sie schicken bevorzugt die routinierten Killer der libanesischen Hisbollah vor. Das verschleiern die eigene Rolle.

Was haben die islamischen Geheimarmeen der ewigen Krisenzone zwischen Indus und Atlantik gemeinsam? Sie passen nicht in die westliche Definition von Nachrichtendiensten, gehen in freundlichen Analysen maximal als »Nachrichtendienst light« durch. Nur am Rande sammeln sie Informationen, die ihren politischen Führungen die Welt erklären – ein Kerngeschäft westlicher Dienste. Politik muss in der islamischen Welt unbedingt ins eigene Schema passen. Wenn nicht, dann wird sie zuerst einmal abgelehnt – und durch Aussitzen auf Distanz gehalten. Fremde Konzepte zu akzeptieren, das kann Jahre und Jahrzehnte dauern.

Gemeinsam ist den Geheimdiensten der Region, arabisch *Muchabarat*, dass sie absolut kompromisslos gegen die Feinde und Andersdenkenden im Inneren vorgehen. Sie morden und foltern, verbreiten Angst und Schrecken. Intellektuellen begegnen sie von Anfang

an mit Misstrauen und Ablehnung. Schriftsteller, Journalisten und Oppositionspolitiker stehen für sie auf der Liste potenzieller Feinde ganz oben. Im Vergleich zu den geheimen Diensten der islamischen Welt war die Staatssicherheit im früheren Ostblock ein menschenfreundliches Gebilde. An Brutalität sind die Dienste im Nahen und Mittleren Osten durch nichts zu überbieten.

Besonders selbstbewusste Regime sind der Überzeugung, dass sie auch auf ihre Landsleute *jenseits* der Grenzen jederzeit Zugriff haben müssten. Mit Empörung reagieren sie, sobald sich ihnen Polizei und Justiz der Asylländer in den Weg stellen. Geheimdienste aus dem Iran, aus Syrien, Libyen und Marokko haben in der Vergangenheit immer wieder Oppositionelle aus deren Gastländern verschleppt oder sie dort spektakulär getötet. In der Regel werden diese Fälle sehr schnell aufgeklärt, weil es für Todesschwadronen fremder Kulturen im Westen nahezu unmöglich ist, spurlos abzutauchen. Sie begehen Fehler, werden gefasst oder zumindest identifiziert. Wirklich »erfolgreiche« Attentate von ausländischen Diensten bei uns liegen lange zurück.

In den vergangenen Jahrzehnten wollten die Regime der islamischen Welt immer dann besonders clever sein, wenn sie sich zu einer riskanten Auslandsoperation ihrer Dienste entschieden hatten. Also heuerten sie hauptberufliche Terroristen an, die ihnen mit weltweiten Verbindungen und für gute Bezahlung die blutige Arbeit abnehmen sollten. In die Historie des Terrors gingen Aktionen des Venezolaners Carlos und seiner internationalen Söldnertruppe ein, aber auch Anschläge von Palästinensern und der von Teheran gesteuerten »schiiischen Internationale«.

So war es bei den Angriffen auf Flugzeuge von PanAm, Lufthansa, UTA und TWA, beim Anschlag auf die Diskothek »LaBelle« in Berlin wie auch bei den Bomben gegen jüdische Einrichtungen in Buenos Aires. Auch ein Osama bin Laden wurde zu anderen Zeiten als strategisch wichtiger Partner akzeptiert. Was häufig wie eine individuelle Tat aussah, entpuppte sich schließlich immer als purer Staatsterrorismus.

In der Konsequenz führte das beim Berliner »Mykonos«-Attentat zur gerichtlichen Verurteilung der verantwortlichen iranischen Re-

gierung und zum internationalen Haftbefehl für den damaligen Chef des Geheimdienstes, Ali Fallahian. Um diesen auszustellen, brauchte es jedoch viel Mut aufseiten der Justiz in Karlsruhe und Berlin.

Es geht auch anders herum. Partnerdienste arabischer Staaten übernehmen gern Auftragsarbeiten für ihre westlichen Freunde, allen voran die CIA. Das funktioniert so: Die Araber lassen sich islamistische Terrorverdächtige liefern, die selbst in extraterritorialen Bereichen wie dem US-Gefangenenlager Guantanamo Bay noch ein Mindestmaß an Menschenrechten erfahren müssten. An die arabischen Dienste übergeben, werden diese Verdächtigen jenseits aller internationalen Gesetze beliebig lange in isolierten Untergrundzellen verwahrt, bestialisch gefoltert und manchmal auch zu Tode gequält. Für die Amerikaner gehört das zum irrationalen »Krieg gegen den Terror«, und auch bei den Europäern steigt die Akzeptanz für das Outsourcing von Quälereien. Die »Allianz der Willigen« darf als multinationale Wachstumsbranche gelten. An ihrer Spitze stehen derzeit – überraschenderweise – die Jordanier.

Eine Sonderrolle spielen die nationalistischen Palästinenser, also die Vertreter der traditionellen PLO. Sie werden von der CIA mit Know-how und Technik unterstützt; stabilisieren sie doch eine der vordersten Frontlinien im Kampf gegen den Iran und Hisbollah, die kräftig in Hamas investieren.

Gelegentlich müssen die neuen Partnerdienste aus Maghreb und Maschrek, Levante und Hindukusch, vom Nil und vom Tigris darauf achten, dass ihre letzten echten Geheimnisse gewahrt bleiben. In der Zeit des Kalten Krieges ging es ihnen nur um die dezente Beschaffung von konventionellen Rüstungsgütern. Und die wurden, je nach ideologischer Ausrichtung, von einem der beiden Blöcke geliefert.

Heute streben die Machtzentren der islamischen Welt nach der Atombombe. Weltweite Embargobestimmungen zwingen sie aber letztlich dazu, die für sie verbotene Technik über ebenfalls weltweite Netze mit getarnten Beschaffungsfirmen und durch die verschwiegenen Kanäle ihrer Geheimdienste einzukaufen. Proliferation, also die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen, ist weltweit zu einem großen Thema geworden.

Waren die Chefs der orientalischen Geheimdienste einst Dunkel­männer, deren Namen und Gesichter nur wenige Eingeweihte – und natürlich die Gegner – kannten, so treten sie heute auch politisch als Hauptfiguren auf. Der Ägypter Omar Suleiman beispielsweise ist Direktor des »Allgemeinen Nachrichtendienstes« und der zweit­mächtigste Mann am Nil. Er gilt bereits als mutmaßlicher Nachfolger seines Präsidenten Hosni Mubarak. Häufig wird er als Unter­händler herangezogen, wenn sich die palästinensischen Fraktionen bekriegen.

Assaf Shaukat, Schwager des syrischen Präsidenten Bashar Assad, galt in den letzten Jahren als der Erste unter den Damaszener Geheimdienstchefs. Er testete die Toleranz der angeheirateten Familie, als er sich selbst für das höchste Amt im Staate ins Gespräch brachte. Shaukat, ein Hauptverdächtiger beim immer noch ungeklärten At­tentat auf den ehemaligen libanesischen Premier Rafik Hariri, wurde im Sommer 2009 zum stellvertretenden Stabschef der syrischen Armee »befördert«. Insider gehen davon aus, dass es sich nur um eine Parkposition handelt.

Zu den engsten Vertrauten des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi zählen seit Jahrzehnten Abdullah Senoussi und Musa Kusa. Immer wieder standen sie an der Spitze libyscher Geheimdienste. Ihre Namen tauchen im Zusammenhang mit zahlreichen Terror­anschlägen auf. In Frankreich wurden sie in Abwesenheit zu hohen Haftstrafen verurteilt. Gaddafi kann auf die beiden Vertrauten nicht verzichten, weil sie tragende Säulen seiner Macht sind. Deshalb wurde Musa Kusa, der schon einmal Botschafter in London gewesen war, im Frühjahr 2009 zum Außenminister ernannt.

Mehr denn je konzentrieren sich die Geheimdienste des Westens auf ihre Konkurrenten, Gegner und auch Partner in der islamischen Welt. Dabei sind gerade neue Vertraute mit besonderer Vorsicht zu genießen.

Seit dem Jahreswechsel 2009/10 konzentriert sich die Abwehr­schlacht der westlichen Geheimdienste und Armeen auf das ärmste arabische Land, den Jemen. Die komplizierte Stammesgesellschaft am unteren Ende des Roten Meeres, streng konservativ und tief religiös, wird zunehmend von Al-Qaida unterwandert. Von hier

stammt die Bin-Laden-Familie. Blutsbande und geistige Verwandtschaft schaffen starke Bindungen. Ähnlich wie in Pakistan werden die Geheimdienste von mächtigen islamistischen Kräften beeinflusst. Im Jemen existieren zwei Dienste – die sogenannte »Politische Sicherheitsorganisation« (PSO) und das nach 2001 gegründete »Nationale Sicherheitsbüro« (NSC). Das NSC berichtet direkt an den Präsidenten. Beide Behörden unterscheiden sich, nach aktuellen Informationen aus dem Jemen, durch ihre ideologische Ausrichtung. Die PSO hat zahlreiche Islamisten in ihren Reihen, während das NSC als Auffangbecken für abgewanderte ehemalige Offiziere von Saddam Husseins (säkularem) Staatssicherheitsdienst gilt. Jemen und Irak waren ja einst enge Verbündete und pflegten ihre Gemeinsamkeiten. Verständlich, dass die neuen Freunde des eigenwilligen Präsidenten Ali Abdullah Saleh (Spitzname »Little Saddam«) – die Amerikaner – gegenüber beiden »Partnerdiensten« Misstrauen entwickeln. Letztlich ist es aber ein Treppenwitz der Geschichte, dass US-Agenten und irakische Baathisten aus der Not heraus eine strategische Allianz eingehen mussten.

In der Phase des islamistischen Terrorismus, der die Weltpolitik seit dem 11. September 2001 entscheidend beeinflusst, ist die »Partnerwahl« eine Aufgabe von besonderer Brisanz.

Ausblick

Nord-Süd: Ein neuer Kalter Krieg



Zum Bild – Wenn der Kalte Krieg in seine heiÙe Phase gerät, dann werden auch die Geheimen ins Visier genommen. Als Dokument seiner Dominanz über das brutale Regime des Diktators Saddam Hussein veröffentlichte das Pentagon diese beiden Bilder. Sie zeigen ein Hauptquartier des irakischen Militärgeheimdienstes vor und nach dem Luftangriff der U.S. Air Force.

»Gebt mir die Berliner Mauer zurück
Gebt mir Stalin und Paulus
Gebt mir Christus
Oder gebt mir Hiroshima

...

Ich habe die Zukunft gesehen, Baby
Sie ist mörderisch.«

*(Aus The Future von Leonard Cohen, dessen Lieder dem Gefangenen
Maher Arar in seiner syrischen Folterhaft – siehe Seite 221 – immer wieder
halfen, neue Kraft zu schöpfen.)*

Erklärungen von Behörden demokratischer Staaten sind in der Regel dröge in der Darstellung, geizig beim Informationswert, übervorsichtig mit Schlussfolgerungen. Es könnte sich ja einer beleidigt oder gar falsch interpretiert fühlen; besonders schlimm, wenn es sich dabei um ein befreundetes Land handelt. Behörden sichern sich im Alltagsgeschäft juristisch ab, bevor sie etwas sagen. Jedes Statement von Gewicht geht durch mehrere Kontroll- und Zensurinstanzen. Der Minister muss sich bei seinen Vorlagen darauf verlassen können, dass sie ihn am Ende nicht das Amt kosten. Aktuelle Beispiele gibt es genug.

Deshalb erstaunt es, dass Behörden auch anders können. Das lässt im Einzelfall auf ein erhebliches Maß an Gereiztheit und auf professionelle Verärgerung, aber auch positiv auf Selbstbewusstsein schließen. Meistens hat sich Zorn aufgestaut. Die Objekte von polizeilichen Observationen und Ermittlungsverfahren haben zum Beispiel überzogen oder scheren sich nichts darum, dass es in Mitteleuropa Gesetze gibt, die sich nicht mit denen in ihrer Heimat decken. Dort stehen sie aber sowieso über dem Gesetz und dürfen sich alles erlauben. Die Rede ist von Geheimdiensten aus Ländern der islamischen Welt.

Und vom aktuellen Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln. Darin steht über die Iraner zu lesen, dass

sie an ihrer Botschaft in Berlin eine Geheimdienstresidentur unterhalten, dass sie sehr intensiv ihre eigenen Landsleute beobachten und deren Gesinnung herauszufinden versuchen. Und dass sie die logistische Unterstützung für »nachrichtendienstliche Operationen der MOIS-Zentrale in Teheran« liefern.

Über die syrischen Geheimen heißt es wörtlich: »Sie unterliegen keiner rechtsstaatlichen Kontrolle.« In Mitteleuropa sind die Agenten des totalitären Regimes hinter Landsleuten her, die anderer politischer Auffassung sein könnten oder möglicherweise etwas wissen, was das Assad-Regime interessiert. In diesem offiziellen Papier der Bundesrepublik folgt dann der wichtige Satz: »Zielpersonen der Dienste müssen bei Heimreisen mit intensiven Nachstellungen, Vorladungen, Inhaftierungen und – in Einzelfällen – auch mit psychischer und physischer Folter rechnen«.

Die BfV-Autoren wissen, wovon sie reden, haben ihre Kollegen doch den Hamburger Abu Zammar, auf den diese Beschreibung passt, in Damaskus im Foltergefängnis besucht und ihm nicht weiterhelfen können oder wollen.

Fehlt noch Libyen, wo erst vor 15 Jahren ein wichtiger deutscher Verfassungsschützer von angeblichen Straßenräubern erschlagen wurde. Da sind die staatlichen Autoren gnadenlos: »Pseudodemokratische Strukturen mit fehlender Legitimität, der ineffektive Verwaltungsapparat, politische Prozesse, die nicht nachvollziehbar sind, und Korruption machen das System innen- und auch außenpolitisch unkalkulierbar.«

Die Staatsschützer haben festgestellt, dass europaweit viele libysche Späher auf der Jagd nach eigenen Staatsbürgern sind, die möglicherweise unfreundlich über Muammar al-Gaddafi denken. Bei den Libyern ist es komplizierter als mit den anderen Landsmannschaften und Stämmen der Region. Sie reiben sich innerhalb der Berliner Botschaft (dem »Volksbüro«) in Machtkämpfen auf, und dabei mischen die vielfältigen Geheimdienste an vorderster Front mit.

Traurige Tatsache ist, dass diese radikalen Staaten völlig überdimensionierte, sündhaft teure Geheimdienstapparate unterhalten, und dass sie der Meinung sind, es stünde ihnen legal zu, weltweit

gegen unbotmäßige Landsleute auch mit Mord und Totschlag vorzugehen. Darüber hinaus halten sie es für völlig normal, mit verdeckten Mitteln Hochtechnologie zu beschaffen, die ihnen von den Herstellerländern aus guten Gründen versagt wird. Die Rede ist von den Grundlagen der Massenvernichtungswaffen oder auch weit reichender Raketen.

Wer sie von der Entwicklung verbotener Kriegstechnologie oder der Vernichtung von Exilpolitikern abhalten will, riskiert einen internationalen Konflikt mit den Schergen der radikalen Regime, mit verständnislosen Regierungen und manchmal sogar mit ihren »Schutzmächten«.

Bei den »einfacheren Fällen« kann es um Leute wie den Bonner Zahnarzt Atef N. gehen, der möglicherweise für einen syrischen Geheimdienst gearbeitet hat, um den gebürtigen Iraner Daniel James, der für die Teheraner Dienste bei der ISAF-Truppe in Kabul spionierte, um den Deutsch-Iraner Said Sadeghi E., der über eine Schweizer Tarnfirma für die Rüstungsindustrie in Teheran verbotenes Material beschaffte, oder um einen iranischen Juden, den die Mullah-Geheimdienste auf Israel angesetzt hatten. Die Liste der Fälle wird täglich länger.

Es kann aber auch – und so passierte es viel zu oft – um Terroristen gehen, die im Auftrag der nah- und mittelöstlichen Geheimdienste unterwegs waren und vor oder nach ihren Taten durch westliche Sicherheitsbehörden gefasst wurden. Das betrifft vor allem den Iran. Die Klerikaldespoten sind in solchen Fällen außerordentlich findig. Sie nehmen Geiseln und versuchen sie gegen ihre reisenden Killer auszutauschen. Das ist ein höchst asymmetrisches Geschäft, weil es sich bei den »Handelsobjekten« zumeist um absolut harmlose Geschäftsleute oder Touristen handelt, auf der anderen Seite jedoch um hartgesottene Kriminelle, die möglicherweise den früheren Premierminister Bakhtiar erstochen oder den Kurdenführer Ghassem-lou erschossen haben.

Im Herbst 2009 soll der Iran nach unbestätigten Meldungen eine Liste mit den Namen von elf Personen vorgelegt haben. Acht von ihnen wurden wegen illegaler Technologieexporte aus den USA, England, Frankreich, Deutschland und Kanada verurteilt. Zwei

von ihnen sind besonders sensible Fälle: der in Saudi-Arabien verschwundene Atomtechniker Shahram Amiri und einer seiner Kollegen. Aus französischen Geheimdienstkreisen wurde mittlerweile bekannt, dass Amiri eine neue Heimat gefunden hat. Stunden, bevor sie in den Iran flogen, informierte er am Frankfurter Airport eine Gruppe von UN-Experten über die Nukleargeheimnisse des Regimes, speziell über die Anlage von Ghom, in der er gearbeitet hatte.

Auf der Liste findet sich schließlich auch der in Istanbul desertierte Exgeneral Ali-Reza Asgari. Der Iran möchte sie alle zurückhaben und bietet im Gegenzug die Freilassung von drei jungen amerikanischen Bergwanderern, die sich im Juli 2009 im kurdischen Grenzgebiet verlaufen haben und dabei von iranischen Einheiten aufgegriffen wurden.

Das hat nichts mit der Logik der etablierten Agententauschgeschäfte zwischen dem alten Ostblock und dem Westen an der Gliednicker Brücke in Berlin zu tun. Im damaligen Kalten Krieg gab es für solche Aktionen auch eine rechnerische Balance. Die Handlanger der nahöstlichen Geheimdienste entführen dagegen ein amerikanisches Verkehrsflugzeug, um am Ende für einige Dutzend unschuldige Passagiere 766 libanesische Kämpfer aus einem israelischen Gefängnis freizupressen.

Diese beispielhaften Fälle, und viele andere, sind Teil eines neuen Kalten Krieges, der schon lange nicht mehr auf der Ost-West-Schiene läuft, sondern sich eine neue Nord-Süd-Achse geschaffen hat. Es geht um die militante Ausbreitung des Islam und um die Milliardenenerträge aus dem in wenigen Jahren zusammenbrechenden Ölgeschäft, um den ewigen Nahostkonflikt zwischen Israel und den Arabern, um Amerikas gesetzlosen »Krieg gegen den Terror« und Aktion wie Reaktion der Gegenseite, um daraus resultierenden grenzenlosen Hass und die neue Festungs- und Sicherheitsmentalität in Europa und den USA. Es geht um Wohlstand und Armut, um die Arroganz starker Armeen und das Bewusstsein derer im Süden, dass sie nichts zu verlieren haben – und es auf ihr individuelles Leben längst nicht ankommt.

Auf einer Sonderschiene laufen immer noch schmutzige, menschenverachtende Geheimdienstgeschäfte. Dafür gibt es ein pro-

minentes Vorbild. Am 29. Oktober 1965 wurde der marokkanische Oppositionsführer Mehdi Ben Barka am helllichten Tag vor der Brasserie Lipp auf dem mondänen Pariser Boulevard Saint-Germain in ein Auto gezerrt und verschleppt. Das Hit-Team soll von einem CIA-Agenten angeführt, aus Angehörigen des französischen Auslandsdienstes SDECE und angereichten Marokkanern bestanden haben. Einer der fünf verdächtigen Araber, General Hosni Benslimane, ist heute noch Kommandeur der Königlichen Gendarmerie.

Im Juni 2001 packte der ehemalige marokkanische Agent Ahmed Boukhari über die Hintergründe der spektakulären Tat aus. Mehdi Ben Barka sei über den Pariser Flughafen Orly nach Rabat transportiert worden. Man habe ihn in das Folterzentrum Dar el-Mokri gebracht. Seine übel zugerichtete Leiche sei später in Säure aufgelöst worden. Der marokkanische Geheimdienst habe das in einem Video für König Hassan II. festgehalten. Die französischen Ermittlungen zur Affäre Ben Barka wurden nie eingestellt. Erst 2007 unterzeichnete ein Untersuchungsrichter fünf Haftbefehle gegen tatverdächtige Marokkaner. Das passierte pikanterweise am ersten Tag eines Staatsbesuchs des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy beim nordafrikanischen Partner.

Die Amerikaner haben keinen Sinn für historische Parallelen, da sie auch die Analogie zwischen Vietnam und Afghanistan beziehungsweise Irak nicht erkennen (wollen). Genauso wenig merken sie, in welche gefährliche Abhängigkeit das Outsourcing von Folter und Mord demokratische Staaten führen kann. Ganz zu schweigen von den eigenen Verbrechen in Guantanamo, Abu Ghraib und Bagram.

Der gefährliche, skrupellose Kurs jenseits aller in Jahrzehnten mühsam erworbener moralischer und ethischer Werte eskalierte mit dem 11. September 2001. Er ließ die bisher sorgsam bewachten Dämme gegen staatlich sanktionierte Grausamkeiten brechen. Er belebte das Geschäft der Geheimarmeen im Nahen und Mittleren Osten und förderte eine kriminelle Kooperation mit üblen Schurkenstaaten, die noch vor wenigen Jahren undenkbar war.

Auf alle Fälle verhindert er, dass die Demokratien des Westens sich auch gegen Staatsterroristen verbünden und bei der Entführung

von Bürgern, die zur falschen Zeit an der falschen Stelle waren beziehungsweise bei Anschlägen, sofort reagieren. Der Minimalkonsens würde aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Handelskontakte bestehen. Das hat es bisher nur in einigen seltenen Ausnahmefällen gegeben. Würde es als Regel festgeschrieben, dann wäre der Freiraum für die Geheimdienste des Nahen und Mittleren Ostens bei ihren Operationen in Europa und den USA spürbar begrenzt. Wo immer sie zuschlagen wollen, sie würden es sich vorher zweimal überlegen.